

„Die Gesellschaft droht ihren Kompass zu verlieren“

Die Psychologin Beate Küpper im Gespräch mit Ulrike Schnellbach über die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung 2019

Der Titel „Verlorene Mitte“ klingt ziemlich alarmistisch. Wollen Sie damit sagen, die Mitte der Gesellschaft sei für die Demokratie verloren?

Nein, aber sie droht, ihren Kompass zu verlieren. Die positive Botschaft unserer Studie ist, dass sich eine große Mehrheit der Bevölkerung in vielerlei Hinsicht demokratisch positioniert: Über 80 Prozent sagen, es ist unerlässlich, dass Deutschland demokratisch regiert wird. 65 Prozent finden, die Demokratie in Deutschland funktioniert im Großen und Ganzen gut. Und die meisten äußern sich auch pro-europäisch, zum Beispiel sagen 86 Prozent, der Zusammenhalt in Europa muss gestärkt werden. Das sind die oberflächlichen Einstellungen – die sind sehr pro-demokratisch. Gleichzeitig gibt es dem widersprechende Aussagen, die darauf hindeuten, dass sich zeitgleich antidemokratische Einstellungen in Teilen der Gesellschaft verfestigen. Manchen Menschen scheint nicht bewusst zu sein, dass sie Einstellungen vertreten, die Werte im Grundgesetz wie Würde und Gleichheit in Frage stellen.

Woran machen Sie das fest?

An einem erheblichen Ausmaß an menschenfeindlichen Einstellungen gegenüber bestimmten Gruppen, also antimuslimischen, antisemitischen oder fremdenfeindlichen Äußerungen. Und an Einstellungen, die eher auf ein illiberales Demokratieverständnis hindeuten: Zum Beispiel sagen 36 Prozent, im nationalen Interesse könnten nicht immer die Rechte von allen Minderheiten berücksichtigt werden. Wir sehen also gleichzeitig auf der Oberfläche demokratische Einstellungen und darunter einen schwankenden Boden, auf dem der eine oder andere droht, den Halt zu verlieren.

Die meisten Deutschen befürworten gleiche Rechte für alle, äußern sich aber negativ gegenüber ‚Fremden‘. Soll die Demokratie also für die neu Zuwandernden nicht gelten?

Genau. Wenn man hineinzoomt und genauer nach den Dingen fragt, was die Demokratie eigentlich ausmacht außer einer Wahl alle vier Jahre, dann sehen wir, wenn es um Gleichwertigkeit und gleiche Rechte von Minderheiten geht, dass sich ein erheblicher Anteil sich ablehnend äußert. Und zum zweiten, wenn es um demokratische Parteien und Prozesse geht, viele Befragte sagen, ‚demokratische Parteien zerreden alles und das führt nur zu faulen Kompromissen‘. Also etwas, das wesentlich für die Demokratie ist, nämlich Interessen auszugleichen und auszuhandeln, das eher als faulen Kompromiss bezeichnen.

Sie haben auch herausgearbeitet, dass antidemokratische, eher autoritäre Einstellungen im Osten nach wie vor stärker verbreitet sind als im Westen. Woran liegt das – 30 Jahre nach der Einheit?

Erfreulich ist zunächst, dass der harte Rechtsextremismus, der noch 2016 im Osten auffallend hoch war, mit drei Prozent Verbreitung auf West-Niveau zurückgegangen ist. Das sind also viele Menschen aufgewacht. Man muss aber dazu sagen, dass wir den Rechtsextremismus anhand sehr harter Aussagen messen, wie beispielsweise Verharmlosung des Nationalsozialismus oder Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur. Gleichzeitig sind die weichen Faktoren wie Demokratiemisstrauen, Autoritarismus oder Abwertung von markierten Fremdengruppen im Osten wesentlich höher als im Westen – und zwar auch bei Befragten, die sich selbst politisch in der Mitte verorten. Das bedeutet, dass vielen Menschen im Osten gar nicht bewusst ist, dass ihre Einstellungen eigentlich rechtspopulistisch sind.

Wie erklären Sie sich das?

Mit zwei Faktoren, erstens: Auch im Westen musste sich die Demokratie langsam, mühselig und gegen viele Widerstände durchsetzen. Da hat der Osten ein paar Jahrzehnte weniger Zeit gehabt, Demokratie zu lernen. Und zu Demokratie gehört eben nicht nur wählen zu gehen, sondern auch die Anerkennung von Minderheitenrechten, das Aushandeln von Positionen, das Streiten darum, das muss man lernen. Wir haben den Fehler gemacht, mit der Wende einfach die Demokratie als gegeben zu setzen, wir haben zu wenig erklärt, was das heißt und wie das geht.

Der zweite Faktor ist die Transformationserfahrung im Osten, verbunden mit dem Gefühl: ‚Mir ist mit der Wende mein eben unter dem Hintern weggerissen worden.‘ Das wirkt sich nach wie vor in einem Teil der Bevölkerung aus in einem kollektiven Gefühl der Benachteiligung, und das laden diese Menschen auf einfachen Sündenböcken ab wie zum Beispiel den Flüchtlingen.

Wenn Sie den Faktor Zeit ansprechen, würde das bedeuten, wir brauchen einfach noch Geduld. Dafür sprachen in der Vergangenheit auch die Einstellungen der jungen Generation, die sich offener und liberaler zeigte. Aber auch bei den jungen Menschen ist die Zustimmung zu menschenfeindlichen und abwertenden Äußerungen zuletzt gestiegen. Eine Studie der Otto-Brenner-Stiftung hat unlängst eine schockierende Zahl ermittelt: Danach sprechen sich 25 Prozent der Menschen unter 25 Jahren für einen starken ‚Führer‘ aus, dessen Macht nicht parlamentarisch beschnitten ist. Können Sie das bestätigen – und erklären?

Das können wir tatsächlich bestätigen: Junge Menschen haben bei rechten Einstellungen aufgeholt, und das gilt insbesondere in Bezug auf die Verharmlosung des Nationalsozialismus mit Sätzen wie ‚Das war alles gar nicht so schlimm‘ und für sozialdarwinistische Aussagen wie ‚Es gibt wertvolles und unwertes Leben‘.

Das zeigt, dass offenbar das Tabu, nationalsozialistische Sprache und Motive zu teilen, nicht mehr wirkt.

Wir müssen zumindest aufpassen, dass diese Tabus nicht verschwinden. Wir müssen immer noch daran erinnern, dass wir aus der Zeit des Nationalsozialismus, des Holocaust gekommen sind. Jetzt fehlt die alte Generation, die noch erzählen kann – vieles wurde auch nicht erzählt, weil man es nicht wahrhaben wollte –, und jetzt spielt man wieder befreiter auf. Und wir haben strategische Akteure der Neuen Rechten, die das gezielt betreiben und mit ihren Botschaften bis hinein in die Mitte der Gesellschaft sickern. Dabei klingen Begriffe wie ‚Ethnopluralismus‘ oder ‚Volksidentität‘ erstmal harmlos, aber darin steckt der alte harte Rechtsextremismus und wir wissen, wohin uns das schon einmal geführt hat. Offenbar ist nicht mehr im Bewusstsein, dass Zustimmung zu einem ‚Führer‘ eine rechtgerichtete Diktatur bedeutet – oder sie hat ihren Schrecken verloren.

Zuletzt haben die Jugendlichen mit ihren ‚Fridays for Future‘ für Aufmerksamkeit gesorgt, also eine politisch engagierte Jugend. Ist diese Generation genauso bereit, sich für die Demokratie zu engagieren wie fürs Klima?

Ja, das würde ich sehr wohl sagen, denn es ist ja zum Glück nur eine kleine Minderheit der Jugendlichen rechtsextrem. Für den allergrößten Teil ist die Demokratie wichtig und selbstverständlich. Und da fängt es an, gefährlich zu werden: Man muss deutlich machen, dass die Demokratie nicht automatisch da ist, sondern mit jeder Generation neu errungen werden muss.

Was sind Strategien gegen das Anwachsen des Rechtspopulismus?

Es ist nicht damit getan abzuwarten, bis die Menschen von alleine irgendwann Demokraten werden. Wir müssen genau hinhören und hinschauen, wenn modernisierter

Rechtsextremismus den harten Rechtsextremismus ablöst. Das müssen wir sehr ernst nehmen. Und wir müssen ernst nehmen, dass Einstellungen beeinflussbar und veränderbar sind – im Guten. Vieles ist ja auch besser geworden in den vergangenen Jahren, beispielsweise hat die Abwertung homosexueller Menschen kontinuierlich abgenommen und Deutschland war schon einmal auf einem guten Weg, offener zu werden. Wir müssen höllisch aufpassen, dass das nicht wieder zurückgedreht wird.

Wie schaffen wir das?

Was wir brauchen, ist eine klare Positionierung, sowohl in der Politik, wie auch in der Zivilgesellschaft. Das ist gerade in den Kirchen eine große Herausforderung, weil es dort große Verunsicherung gibt, was noch legitime Meinungen sind und was gefährlich ist. Da müssen sich die Kirchen klar positionieren, aber auch erklären, warum das so wichtig ist, alle Menschen, egal welcher Hautfarbe, Herkunft oder Religion, gleichermaßen wertzuschätzen und ihre Rechte anzuerkennen.

Jeder Fünfte äußert sich muslimfeindlich, sechs Prozent sind offen antisemitisch. Sind diese Werte innerhalb der christlichen Kirchen genauso hoch oder gibt es hier eine größere Toleranz gegenüber anderen Religionen?

Christen, besonders Protestanten, fallen im Vergleich zu Konfessionslosen auf durch eine etwas stärkere Verbreitung von ethnischem Rassismus, Antisemitismus und die Ablehnung von asylsuchenden, homosexuellen und langzeitarbeitslosen Menschen. Auch wenn die Unterschiede nur geringfügig sind, ist jedenfalls die Situation innerhalb der Kirchen nicht besser als in der Gesamtgesellschaft. Menschen, die sich selbst als christlich verorten, müssen sich fragen, ob ihnen das reicht.

Die Diplompsychologin Dr. Beate Küpper ist Professorin für Soziale Arbeit in Gruppen und Konfliktsituationen an der Hochschule Niederrhein und gehört seit 2014 zum Autor_innenteam der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie arbeitet zu den Themen Rechtspopulismus, Vorurteile und Diskriminierung, Diversity und Integration. Von 2015 bis 2016 war sie Mitglied im 2. Unabhängigen Expertenrat Antisemitismus des Deutschen Bundestags und ist Mitglied im Bündnis 'Demokratie und Toleranz'.

Erschienen in Publik-Forum online und in der Badischen Zeitung vom 25.4.2019

© Ulrike Schnellbach – Abdruck nur nach Rücksprache mit der Autorin